

ENTWURF

## 24. HAUPTVERSAMMLUNG DES RATES DER GEMEINDEN UND REGIONEN EUROPAS

### „FIT FÜR DIE ZUKUNFT? SO BEREITEN SICH EUROPAS LOKALE UND REGIONALE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN DARAUF VOR“

Malmö, 24. April 2009

#### ABSCHLUSSERKLÄRUNG

*Wir, Bürgermeister, Vorsitzende, gewählte Vertreter und Beamte europäischer Kommunen, Städte, Provinzen, Landkreise und Regionen, treffen uns in Malmö, Schweden, am 24. April 2009 anlässlich der 24. europäischen Hauptversammlung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas und verabschieden folgende Erklärung:*

1. In den letzten Jahren steht Europa einer Reihe von Herausforderungen von zunehmender Wichtigkeit und Intensität gegenüber – demographischer Wandel und soziale Vielfalt, technologische Entwicklungen, Klimawandel und Erderwärmung, Bedarf an sicherer, sauberer Energie, und härterer wirtschaftlicher Wettbewerb. Unsere Kommunen und Regionen müssen nicht nur effektiv planen, um diesen Herausforderungen zu begegnen, sie stehen ihnen vielmehr an vorderster Front gegenüber und müssen bei ihrer Bewältigung eine führende Rolle spielen.
2. Wir haben hier in Malmö unsere Bereitschaft erneut bekräftigt, unsere Dienste zu entwickeln und diesen Herausforderungen anzupassen – sowohl kurz-, als auch langfristig – und zu gewährleisten, dass wir wirklich „fit für die Zukunft“ sind, in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der europäischen und den nationalen Regierungsebenen.
3. Jedoch hat in den vergangenen sechs Monaten die globale Finanz- und Wirtschaftskrise fast alle Teile Europas mit aller Macht getroffen, und hat massive Auswirkungen vor allem auf die Kommunen und Regionen, bei denen die BürgerInnen Schutz und Unterstützung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten suchen. Dies fügt den bestehenden Herausforderungen eine bedrückende, neue Dimension hinzu.
4. Im Juni finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Diese Wahlen sind ein wichtiger europäischer Treffpunkt zwischen Europa und seinen BürgerInnen. Und die bevorstehenden Wahlen sind von besonderer Bedeutung für uns alle, in und außerhalb der Europäischen Union.
5. Gerade weil dies ein so schwieriger Moment in Europas wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung ist, wollen wir einige Grundprinzipien nochmals betonen zur Richtung, in die sich Europa entwickeln soll – Prinzipien, die auch im Manifest des RGRE für Kommunen und Regionen in Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zum Parlament enthalten sind:
6. **Ein starkes und vereintes Europa – wirtschaftlich, sozial und politisch – und das vollständig die Schlüsselrolle seiner lokalen und regionalen Gebietskörperschaften anerkennt**

Europa kann es sich in den heutigen schwierigen Umständen nicht leisten, gespalten oder zusammenhanglos zu sein; es braucht effektive Führung und Entscheidungsprozesse, es braucht auch eine starke demokratische Beteiligung und Übersicht. Wir blicken auf die europäischen Institutionen – vor allem die Kommission und das Parlament – die ihre volle und aktive Rolle spielen müssen, um den anstehenden Herausforderungen zu begegnen, in einem partnerschaftlichen Geist mit allen Regierungsebenen.

## **7. Ein Europa, das sich nicht nach Innen wendet und Protektionismus ablehnt**

Angesichts der Tiefe und der erwarteten Dauer der Wirtschaftskrise müssen wir uns davor hüten, dass einzelne Regierungen ihre eigenen BürgerInnen ohne Rücksicht und auf Kosten Anderer beschützen möchten, und ebenso sicherstellen, dass sich die EU nicht vom Rest der Welt abwendet. Solche Politik, wenn sie umgesetzt würde, wäre von größtem politischem, wirtschaftlichem und sozialem Schaden. Zwanzig Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs muss Europa es ablehnen, neue Barrieren auf unserem Kontinent oder zu den Nachbarn der EU oder darüber hinaus zu errichten.

## **8. Ein Europa der Toleranz und Respekt, offen und ansprechbar für die Welt**

Wir müssen mit noch größerer Kraft allen Formen von Intoleranz, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und aggressivem Nationalismus gegenüberreten. Dies ist eine fundamentale Aufgabe aller demokratischen Einrichtungen Europas, vom Europäischen Parlament bis zur Kommune.

Darüber hinaus hat zunehmende Einwanderung in den vergangenen Jahrzehnten Veränderungen in der demographischen, sozialen und ethnischen Zusammensetzung unserer Städte und Gemeinden mit sich gebracht. Dieser Prozess kann viel Gewinn mit sich bringen, aber auch Herausforderungen an uns stellen, insbesondere wenn es um erfolgreiche Integration geht. Wir brauchen daher effektive Integrationspolitik auf allen Ebenen; diese müssen auch auf illegale Immigration abzielen, die negative soziale Folgen haben kann.

Europa muss auch auf internationaler Ebene Qualitäten wie Toleranz, Respekt und Offenheit zeigen – um Frieden und interkulturellen Dialog zu fördern, Konflikte zu lösen, Armut zu bekämpfen und die Millennium Entwicklungsziele umzusetzen. Daher unterstützen wir die wertvolle Arbeit unserer Weltorganisation, Vereinigte Städte und Kommunen (United Cities and Local Governments), und auch die Allianz der Zivilisationen (Alliance of Civilisations).

## **9. Ein Europa mit einer starken sozialen Dimension**

Die gegenwärtige Krise hat wieder einmal gezeigt, dass es wichtig ist ein Gleichgewicht zwischen den Marktkräften und einem robusten Rahmen sozialer Solidarität und Schutz zu haben. Während jedes Land in der Union sein eigenes Wohlfahrts- und Sozialsystem hat, bekräftigen wir, dass wir an unserem europäischen Sozialmodell festhalten, das auch weiterhin die Verlierer oder diejenigen, die unter sozialem Ausschluss oder Diskriminierung leiden, unterstützen muss.

Und Europas lokale und regionale Gebietskörperschaften befinden sich, und müssen es auch weiterhin bleiben, im Herzen dieses Modells und des über den ganzen Kontinent reichenden Netzes sozialen Schutzes.

## **10. Ein Europa, nahe an seinen lokalen und regionalen Wurzeln, und zu seinen lokalen und regionalen gewählten Vertretern**

Die Geschichte Europas ist auch eine Geschichte seiner Gemeinden und Städte, seiner Regionen und Nationen. Daher wird ein zentralisiertes, von oben nach unten gebautes Europa niemals die Unterstützung der BürgerInnen erringen. Wir begrüßen die Anerkennung durch die Staats- und Regierungschefs der EU in der Berliner Erklärung im Jahr 2007, dass sich in Europa heute „die Europäische Union, die Mitgliedstaaten und ihre Regionen und Kommunen die Aufgaben teilen“. Und wir bekräftigen unsere Unterstützung für den Vertrag von Lissabon, der zum ersten Mal in den Europäischen Verträgen tatsächlich die Rolle demokratischer Kommunen und Regionen anerkennt würde.



## 11. Ein demokratisches Europa, das seine BürgerInnen beteiligt und engagiert

Das Jahr 2009 markiert den 20. Geburtstag der Entscheidung des Europäischen Parlaments, ein Programm zur finanziellen Unterstützung von Städtepartnerschaften zu schaffen. Dies wurde von großer Bedeutung, um BürgerInnen auf unserem ganzen Kontinent die Möglichkeit zu geben sich zu begegnen und einander besser zu verstehen, nicht zuletzt während der Phasen der EU Erweiterungen. Wir glauben, dass Städtepartnerschaften mit den Ländern Südosteuropas heutzutage eine wichtige Rolle spielen können.

12. Wir erkennen, dass Europa sich entwickelt und verändert und wir daher neue Wege gehen müssen, um BürgerInnen zusammenzubringen, und das Bild von Städtepartnerschaften und ihre Praxis zu modernisieren. Wir sind überzeugt, dass die EU ihre Arbeit zu aktiver Bürgerschaft und Städtepartnerschaften für die Zukunft stärken und verschlanken muss.
13. Das Jahr 2009 markiert natürlich auch den 20. Jahrestag des Falles der Berliner Mauer, der schnell zur Wiedervereinigung Europas führte, und zum Aufblühen von Demokratie auf lokaler und regionaler Ebene in den Ländern Zentral- und Osteuropas. Seit über 50 Jahren sind die Unterstützung für lokale und regionale Selbstverwaltung und Demokratie und Städtepartnerschaften Schlüsselthemen des RGRE. Dies sind zwei Seiten der gleichen Medaille – ein demokratisches Europa, das seine Wurzeln in seinen Kommunen hat, und das seine BürgerInnen in allen Bereichen seines Lebens beteiligt.
14. Aber ein Europa, das auf Demokratie auf allen Ebenen beruht, muss vor allem seine eigene starke demokratische Stimme und Institution haben. Daher haben wir alle aus den EU Mitgliedstaaten die Verantwortung, unsere BürgerInnen zu ermuntern, an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni teilzunehmen, und die Schlüsselfragen erklären, um die es geht. Wir fordern unsere Kollegen in der ganzen Union auf, sich uns in dieser Mission anzuschließen.

\* \* \* \* \*